

Der



informiert

Jahresrückblick 2017

Stand im letzten Jahr noch Firma Eu-Rec im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, konnte im Oktober 2016 Entwarnung gemeldet werden. Nach einer Messung Ende September, bei der eine Überschreitung des Grenzwertes von 500 GE (Geruchseinheiten) festgestellt wurde, ist nur noch vorgewaschenes Material verarbeitet worden. Die Folien-Waschanlage, Auslöser der Geruchbelastungen, ist seither nicht mehr in Betrieb. Beschwerden gab es danach nicht mehr.

Etwa gleichzeitig kamen Gerüchte über den Verkauf des Unternehmens auf. Trier Oberbürgermeister Leibe bestätigte, er arbeite an einer Lösung, die das Ende von EU-Rec bedeuten würde. Wie es aber weitergehen könnte, blieb im Dunkeln. Einen TV-Bericht zu diesem Thema vom 28.04.2017 kommentierten wir dahingehend, dass eine solche Entwicklung, besonders zu einem Zeitpunkt, als das Problem nach langem Einsatz gelöst war, bei uns neue Befürchtungen auslöst.

Inzwischen sieht es so aus, dass Eu-Rec gehen wird. Grundstück und Hallen würden dann durch Remondis genutzt. Dabei handelt es sich um Deutschlands größten und stark expandierenden Entsorger. Welche Prozesse hier ablaufen sollen, kann derzeit belastbar nicht vorausgesagt werden. Die Firma ließ verlautbaren, dass sie erst einmal nicht die gesamten Flächen benötigt und freie Areale an andere Unternehmen vermieten möchte. Eine Absicht, die Unsicherheiten hinsichtlich einer künftigen Nutzung erheblich verstärkt.

Für die Stadt Trier hätte der Umzug von Remondis in den Trierer Hafen eine erfreuliche und möglicherweise beabsichtigte Nebenwirkung. Dadurch kann man Flächen "Über Brücken" in Trier-West verplanen, die von der Stadt dringend zur weiteren Erschließung und Entwicklung des ehemaligen Geländes des Bundesbahn-Ausbesserungswerkes benötigt werden.

Unverhofft wurde aus den Plänen zur Sanierung der Kita ein schier endloser Problemfall. Nach langen Vorplanungen hatte man sich im Oktober 2015 (Stadtrat 06.10.2015) zwischen Bistum und Stadt Trier darauf verständigt, am alten Standort einen Neubau zu errichten. Es genügte ein Auftritt von Frau Andrea Reitz, der zuständigen Leiterin beim Betriebsträger Kita gGmbH, am 27.01.2016 im Ortsbeirat Pfalzel, diese Vereinbarung aufzukündigen. Niemand hinterfragte, wer das entschieden hatte, ebenso wenig wie die insgesamt fadenscheinigen Begründungen.

Frau Reitz erklärte, man könne auf einem deutlich größeren Grundstück gegenüber dem Friedhof einen Neubau errichten. Diese Aussage entsprach damals gleich in zweifacher Hinsicht nicht der Wahrheit. Einmal ergaben unsere damaligen Nachfragen, dass dieses Grundstück nicht größer als das in der Stiftstraße war. Und wir erfuhren später auch, dass Baudezernent Ludwig zu diesem Zeitpunkt nicht bereit war, es für den Bau einer Kita freizugeben. Es war nämlich geplant, dort für die Jugendabteilung des TSC Pfalzel ein Kunstrasenkleinspielfeld anzulegen.

Zu gerne wüssten wir noch heute, in welchem Hinterzimmer diese Lösung ausgeklüngelt wurde. Im Baudezernat kann das in dieser frühen Phase nicht gewesen sein. Wie auch immer, am Ende entschied man sich für dieses Grundstück. Auch wenn die Wahl schlechter nicht hätte ausfallen können.

Dass dieses Grundstück in der Hochwasserschutzzone liegt und viel zu nahe an dem benachbarten Industriegebiet, nahm man sehenden Auges in Kauf. Erst nach vielen Monaten erkannte die Verwaltung, dass dort kein Baurecht existierte. Aktuell ist genau dieser Punkt das entscheidende Problem. Ein schnell gestrickter Bebauungsplan hielt in der ersten Auslegung einer rechtlichen Überprüfung nicht stand. Die dadurch erforderliche zweite Auslegung führt naturgemäß zu einer weiteren Verzögerung von mehreren Monaten.

Neben Industrie- und Handelskammer, der Hafengesellschaft und drei Betrieben aus dem Hafen haben wir unsere Bedenken gegen diesen Standort vorgetragen. Die SGD Nord hat schriftlich bestätigt, dass sie den Auftrag des Landesumweltamtes, nach der letzten Langzeitmessung eine weitere Minimierung des Schadstoffausstoßes im Hafenumfeld zu veranlassen, nicht umgesetzt hat.

Wenn es nicht so traurig wäre, könnte man darüber lachen: die emittierenden Betriebe erkennen wie wir eine mögliche Gefährdung der Kinder in dieser Nähe zur Industrie. Verwaltung und Politik hingegen versuchen die Lage gesund zu beten. Wenn die bisherigen Stellungnahmen in gerichtliche Auseinandersetzungen münden, steht ein Baurecht in der Hans-Adamy-Straße in den Sternen.

Im August dieses Jahres erfolgte eine zweite öffentliche Auslegung des Flächennutzungsplanes 2030. Die Planer haben unsere Forderung aus dem ersten Auslegungsverfahren, auf dem ehemaligen Bahngelände (Verschiebebahnhof) keine gewerbliche oder industrielle Zwecke vorzusehen, nicht in der Weise erfüllt, dass man sich auf die Festlegungen des Stadtteilrahmenplanes verpflichtet hätte. Dort hatte man unter Federführung des damaligen Baudezernenten Dietze und unter Berücksichtigung unseres Bürgergutachtens eine solche Nutzung ausgeschlossen. In der jetzigen Phase des Verfahrens haben wir genau dies erneut eingefordert.

Im ersten Quartal 2017 hat es bei Firma Steil zwei große und verschiedene kleinere Brandereignisse gegeben. Wir hatten diesbezüglich Schriftverkehr mit der SGD Nord, der Feuerwehr und den Stadtwerken Trier. Am 08.07.2017 berichtete dann der Trierische Volksfreund, dass auf Grund unserer Beschwerden und der öffentlichen Berichterstattung endlich wirksame Maßnahmen in der Firma getroffen wurden. In der Tat hat es seither keine weiteren Ereignisse gegeben.

Die amerikanischen Streitkräfte beabsichtigen, ihren Stützpunkt in Mildenhall, England, aufzulösen und die dort stationierten Geschwader nach Spangdahlem und Ramstein zu verlegen. Dazu sind erhebliche Erweiterungen dieser beiden Flughäfen erforderlich. In beiden Fällen muss dies durch eine Prüfung der Umweltverträglichkeit begleitet werden. Als anerkannte Umweltvereinigung hat uns der zuständige Landesbetrieb Mobilität um Mitwirkung an diesen Verfahren gebeten. Da die Stationierung einer Vielzahl zusätzlicher Militärmaschinen erhebliche Auswirkungen auch auf unsere Region haben wird, werden wir uns gerne im Rahmen unserer Möglichkeiten an diesem Prozess beteiligen. An einem ersten Scoping-Termin in Ramstein nahmen wir bereits teil. In diesem Zusammenhang hat der LBM auch eine erste Stellungnahme von uns erhalten.

Alle hier angesprochenen Themen können im Detail auf unserer Internetseite verfolgt werden.

**Wir wünschen allen Mitgliedern und ihren Familien, Freunden,
Pfalzer Bürgern und Gesprächspartnern ein frohes
Weihnachtsfest und alles Gute im neuen Jahr.**
